

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Redaktions-  
Tageblatt Riefa,  
Herausg. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto,  
Tresden 1590,  
Verleger:  
Riefa Nr. 52.

Nr. 12.

Sonnabend, 14. Januar 1933, abends.

86. Jahr.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschließlich Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschritt-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pennige; die 39 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pennige; jeztraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontors gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

## Vor der Klärung einer Umbildung der Reichsregierung.

Dienstag Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Adolf Hitler?

### 10 Jahre Memelraub.

Fremdherrschaft im deutschen Osten.

Vor zehn Jahren, am 15. Januar 1923, rückten 400 litauische Soldaten unter der Führung des Hauptmanns Budras-Polowinski ins Memelland ein. Die französische Besatzung, die sich seit den Tagen von Versailles im Lande aufhielt, benutzte sich nur zu gerne der „höheren Gewalt“. Das sagte ja nur in die Richtung der Franzosen, daß nun auch das Memelland in die Hände der Litauer gelangt wurde. So kam es, daß Memel ohne einen Scherzstreich in litauischen Besitz überging. Litauische Wehrmachtler dürfen jetzt noch die Mär verbreiten, daß sich vor zehn Jahren die memelländische Bevölkerung spontan für Großlitauen erhoben habe.

Zehn Jahre dauerte also nun die litauische Gewalt Herrschaft im Memelland. Bereits im Versailler Vertrag mußte Deutschland einen Verzicht auf das Memelgebiet aussprechen. Aber damals blieb immer noch ein fünfjähriger Vorbehalt. Erst der Gewaltstreich des großlitauischen Hauptmanns Budras am 10. Januar 1923 trennte Memel vollständig vom Mutterland.

Zehn Jahre der Drangsal, der Unterdrückung, des Schreckens hat die memelländische Bevölkerung erlebt. Was in ihrer Nacht stand, das tat die Litauer, um die memelländische Bevölkerung fest mit dem Großlitauen zu verbinden. Letztes Ziel der großlitauischen Propaganda war: die Entgermanisierung des Memellands. Die letzten Spuren des Germanisierungswerkes, dem sich der deutsche Ritterorden vor mehreren Jahrhunderten widmete, sollten vernichtet werden. Vergeltliche Völkermord! Das Deutschum hielt stand. Die großlitauischen Einschüchterungsversuche führten nur dazu, daß sich das im Lande fest verwurzelte Deutschum noch fester zusammenschloß.

Bei den allertüchtigsten Vätern hatte sich bereits kurz nach dem litauischen Gewaltstreich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Memelland niemals entdeutscht werden könne. Wohl aber läßt sich die Litauer wenigstens bereit finden, einen Garantiepakt zu unterschreiben, in dem sie der memelländischen Bevölkerung die Erhaltung der überlieferten Kultur versprochen. Dieses „Autonomiestatut“ stand erst im vergangenen Jahre 1932 wiederholt im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Immer wieder versuchten die Litauer, sich ihrer Verpflichtungen gegen die Memelbevölkerung zu entledigen. Unbegreiflicherweise gab sogar das Saager Weltgericht im vorigen Jahre den Litauern im Memelland eine gewisse Rückmeldung. Ungeachtet durfte damals der litauische Vertreter vor dem Saager Weltgericht erklären: „Die Autonomie ist nur da, um zu verschwinden“. Man wird sich vielleicht noch daran erinnern können, daß sich die Garantien des Memelstatuts (England, Frankreich, Italien und Japan) ins Mittel legen mußten.

Wahrscheinlich hätten die Litauer selbst nicht auf einen Sieg im Weltstreik sich vorbereitet; der Urteilspruch verurteilte ihnen so den Atem, daß sie ihren politischen Erfolg auszuhalten vergaßen. Möglich, daß sie das jetzt bei den Jubiläumsgedenkfeiern nachholen wollen. Die „Zusammengehörigkeit“ der Memelländer und der Großlitauer soll jetzt in rühmlichen Festen zum Ausdruck kommen. Von weit her eilen litauische Regionäre herbei, um an den Siegesfeierlichkeiten in Memel teilzunehmen. Die in ihrer Heimat verwurzelte deutsche Bevölkerung des Memellands wird an diesen Festen selbstverständlich keinen Anteil nehmen. Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit dem Reich ist hier immer noch nicht erloschen.

Auch durch Waffenversetzungen, Zwangseinquartierungen, Beamtenversetzungen und Enteignungen haben es die Litauer noch nicht vermocht, den deutschen Charakter des Memellands zu verändern. Das Memelland ist deutsch geblieben. Trotz der Terrormaßnahmen bei den Landwahlen bekennet sich die memelländische Bevölkerung immer wieder in ihrer großen Mehrheit zum Deutschum. Man will von den litauischen Eindringlingen, die zudem noch auf einer tieferen Kulturstufe stehen, nichts wissen. In den litauischen Bechern der Feindfreunde fällt ein Wermutstropfen. Die litauischen Beamten im Memelland wissen sehr wohl, daß die Herzen des Volkes nicht für den neuen Herrn schlagen. Sie ahnen auch dunkel, daß in weiteren zehn Jahren nicht gelingen kann, was in dem ersten Jahrzehnt nicht glückte: die Entdeutschung des Memellands.

Wir können den Memelländern an diesem Trauertag nichts weiter als eine schäudernde Hoffnung darbringen — die Hoffnung und den Glauben an die Wiedervereinigung. Man kann nicht für ewige Zeiten Volk vom Volk durch Grenzen trennen.

### Eine Rede

#### des Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler.

11 Hamburg. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der bisherige Reichskommissar für die Preisüberwachung sprach am Freitag abend im Hamburger

### Schleicher verhandelt weiter mit den Parteien.

Berlin. Reichskanzler von Schleicher hatte am Freitag nachmittags eine Unterredung mit dem deutsch-nationalen Parteiführer Dr. Hugenberg, über deren Inhalt von Beteiligten jedoch keine Mitteilung gemacht wurde. Die Unterredung, gehört auch diese Besprechung zu der vor einigen Tagen begonnenen Reihe von Verhandlungen der Regierung mit den Parteien, die in den nächsten Tagen fortgesetzt wird. Schon vor einiger Zeit hat der Reichskanzler zum Beispiel den Zentrumsführer Dr. Kaas wissen lassen, er würde ihn gern sprechen, wenn ihm kein Weg nach Berlin führe. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Dr. Kaas schon heute Sonnabend oder Montag stattfinden wird. Ferner rechnet man damit, daß in den ersten Tagen der kommenden Woche auch Adolf Hitler oder Beauftragter des nationalsozialistischen Führers von Schleicher empfangen werden.

#### Zur Unterredung Hugenberg — Schleicher.

Berlin. In der Unterredung zwischen Reichskanzler von Schleicher und dem Vorsitzenden der DNVP, Dr. Hugenberg, hat nach Auffassung der Hörsen-Zeitung die Frage eine Rolle gespielt, was werden soll, wenn es wider Erwarten Ende Januar zu einem größeren Konflikt zwischen Regierung und Reichstag kommen sollte. Die Hörsen-Zeitung hält es für denkbar, unwahrscheinlich, daß Dr. Hugenberg als Wirtschaftsminister in ein Kabinett eintreten werde, das auch die Exponente der Zentrums-partei umfasse, wie von einigen Blättern vermutet wurde. Die Kreuzzeitung hält es für selbstverständlich, daß sich die beiden Politiker grundsätzlich über die weitere Regierungspolitik auseinandergesprochen haben. In deutsch-nationalen Kreisen habe man sich in letzter Zeit recht kritisch über die Entschlossenheit des Kabinetts geäußert, jedoch dem Reichskanzler selbst jederzeit den besten Willen zugebilligt. Sehr stark gefordert hätte man insbesondere die Beilegung der Gegensätze zwischen Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsministerium durch Vereinigung beider Ressorts in der Hand eines Arztes. Dabei sei in erster Linie an die Persönlichkeit Hugenbergs selbst gedacht gewesen. Es sei nicht bekannt geworden, ob es in der Besprechung bereits zu einem Angebot an den Führer der DNVP, in diesem Sinne gekommen sei. Für diesen Fall war, wie die

Kreuzzeitung zu wissen glaubt, Geheimrat Eugenbergs entschlossen, die Bedingungen zu stellen, das ihm die Möglichkeit gegeben werde, sein Programm auch auf längere Sicht durchzuführen und nicht von Parlamentsmehrheiten abhängig zu machen. Wenn die deutsche Wirtschaft grundlegend neuorganisiert und zur Gesundung geführt werden sollte, so müsse nach seiner Ansicht ein Ein- oder Mehrschichtplan aufgestellt und von einer Persönlichkeit von Anfang bis Ende durchgeführt werden. In deutsch-nationalen Kreisen wüßte man, daß der Reichskanzler sich entschließen, die Einberufung des Reichstages mit deutsch-nationalen und Zentrumsstimmen zu erzwängen, mit einem umgebildeten nationalen Konzentrationskabinett vor dem Reichstag zu treten und neue Arbeitsmöglichkeiten für mindestens ein halbes Jahr zu verlangen und aufzulösen. In diesem Sinne, so meint die Kreuzzeitung, dürfte sich auch Hugenberg geäußert haben. Der Tag hebt hervor, daß alle Meldungen über den angeblichen Zweck der Besprechungen Kombinationen seien, die schon seit längerer Zeit in politischen Kreisen verbreitet wurden. Der Hörsen-Zeitung behauptet, Hitler habe dem Reichskanzler wissen lassen, daß er von Montag an jederzeit zu seiner Verfügung stehe.

#### Schleicher — Hitler am Dienstag?

Berlin. (Zuspruch.) In Berliner politischen und parlamentarischen Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des Vds. bestätigt, daß in der kommenden Woche bedeutsame innerpolitische Entscheidungen zu erwarten seien. Die Klärung der Frage, ob jetzt eine Umbildung der Reichsregierung erfolge, sei noch vor dem Inkrafttreten des Reichstages des Reichstages, also vor dem 20. Januar zu erwarten. Anfangs der kommenden Woche werde der Reichskanzler neben dem Zentrumsführer Kaas voraussichtlich auch ein Mitglied der Bauernlichen Volkspartei empfangen. In nationalsozialistischen Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des Vds. angedeutet, daß eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Adolf Hitler vielleicht am Dienstag nächster Woche stattfinden, da Hitler sich vom Spitzkampf aus sofort nach Berlin zurückgeben werde. In der Wilhelmstraße verlautet dazu, daß eine solche Unterredung jedenfalls nur auf Initiative der Nationalsozialisten zustande kommen könnte.

Heberfeind. Der Redner unterließ sich nachdrücklich, daß inflationistische und devaluatorische Maßnahmen ebenso wie die Antarktis als Heilmittel für uns abzulehnen seien. Der Weg harter Sparmaßnahmen sei zwar der unpopulärste, aber der einzig mögliche. Dazu bilde die Preisüberwachung ein Hilfsmittel. Die Grundlagen für einen gesunden Aufbau seien gegeben, wenn wir die Nervenzügel behielten. Er betraute die heutige Lage insofern keineswegs ungünstig, wenn man die zweifelslos erreichte Angleichung zwischen Erzeugung und Bedarf nahe und wenn es gelänge, die öffentlichen Einnahmen nach der Bekämpfung von der Reparationslast ins Gleichgewicht zu bringen. Dieses Gleichgewicht zu erreichen, betraute er als die entscheidende Aufgabe der öffentlichen Verwaltung für das Volk. Der langsame wirtschaftliche Aufstieg müsse dann automatisch folgen: Für den Lebensgang gelte es vor allem, soziale Spannungen auszuweichen.

Zum Schluß richtete der Redner an die politischen Parteien den dringenden Appell, unausschießbare Forderungen anzuhören und sich in Besonnenheit zusammenzufinden, um wenigstens neue Experimente und damit Verbesserungen zu vermeiden.

### „Alles für die Weltfront!“

#### Ein Aufruf des polnischen Westmarkenvereins.

Katowice. Der Westmarkenverein hat an sämtliche Ortsgruppen eine Kundgebung erlassen, in der das Programm des Westmarkenvereins für das Jahr 1933 festgelegt ist. In der Kundgebung wird zunächst betont, daß es in Polen keinen Menschen gebe, der aus irgendwelchen Gründen eine Aussprache über die Abtrennung auch nur des geringsten Teiles der „rein polnischen“ Provinzen Oberschlesien, Polen und Pommerellen zulassen würde. Ebenso dürfte es in Europa keinen Menschen geben, der nicht wüßte, daß jeder Ausbruch auf die polnische Westgrenze den Krieg bedeuten würde, und zwar einen Krieg des ganzen polnischen Volkes, der bis zum endgültigen Siege durchgeföhrt werden würde. Man dürfe nicht vergessen, daß die Revisionstendenzen Deutschlands auf polnischer Seite eine entscheidende Kampfbereitschaft hervorgerufen hätten, so daß schon jetzt alles mobilisiert werde, um der deutschen Revisionstendenzen sofort entgegenzutreten zu können.

Der Aufruf beschäftigt sich des Weiteren mit der „Besonderen Propagandatätigkeit“ der deutschen Sender und erwähnt vornehmlich die Eröffnungseierlichkeiten der Döprek-Konferenz in Berlin. Von den Polen werde die Anwendung wirksamer Mittel zur Unterbindung dieser „Gesp. Propaganda, bei welcher deutsche Wehrdienstretreer inoffiziell in der Rolle politischer Agitatoren gegen den Versailler Vertrag und die letzte polnische Grenz auftraten“, verlangt. Dilem Abwehrkampf müßten sich auch die polnischen Sender anstellen.

Einen größeren Raum widmet der Aufruf der polnischen Minderheit in Deutschland. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die deutsche Minderheit ständig Beschwerde über die angebliche polnische Bedrückung vor dem Völkerbund führe. Polen habe zwar kein Interesse daran, irgendeiner Minderheit die ihr zugehörenden Rechte zu kürzen, müsse aber gleichzeitig die Wahrung der Rechte der über eine Million starken polnischen Minderheit in Deutschland verlangen. Die größte Aufmerksamkeit müsse sowohl seitens der polnischen Behörden wie auch der Bevölkerung der Westgrenze gewidmet werden. Das Lösungswort für das Jahr 1933 müsse lauten: „Alles für die Weltfront!“

Der Aufruf ist von namhaften Persönlichkeiten, u. a. auch von dem früheren polnischen Außenminister Jalecki unterschrieben.

### Die „Deutsche Bauernschaft“ gegen die Politik des Landbundes.

Berlin. (Zuspruch.) Die Deutsche Bauernschaft e. V. wendet sich mit einer Entschiedenheit an die Öffentlichkeit, in der auf die häßliche Notlage hingewiesen wird, die durch staatliche Maßnahmen und Eingriffe zum besonderen Schutze der Großbetriebe verursacht worden sei. Für diese dem Bauernum abträgliche Agrarpolitik, heißt es in der Erklärung, sei in erster Linie der Landbund verantwortlich, der durch seine Vertrauensmänner die Agrarpolitik des Reiches in den letzten Jahren maßgebend beeinflusst habe. Daß sich der Landbund im Augenblick des Zusammenbruchs seiner Politik der Verantwortung durch Vorwürfe gegen die Reichsregierung zu entziehen suche, sei nur ein Ablenkungsmanöver.

1. 38  
— 3  
— 74  
— 23  
— 4  
— 36  
— 69  
— 66  
— 33  
— 180  
— 134